

Mitteilung des Senats vom 1. April 2008

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) die nachstehende Mitteilung, den 16. KEF-Bericht und den Entwurf des 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrages mit der Bitte um Kenntnisnahme. *)

16. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (16. KEF-Bericht) und**Entwurf des Elften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 11. RfÄndStV)**

Die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hat ihren 16. Bericht vorgelegt. Darin nimmt sie insbesondere zur Frage Stellung, in welcher Höhe eine Gebührenerhöhung für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erforderlich ist. Daneben nimmt sie auch zu allgemeinen Leistungsdaten der Anstalten und ausgewählten Sonderbereichen, insbesondere auch zum ARD-Finanzausgleich Stellung.

Der Senat hat den 16. Bericht der KEF insbesondere im Hinblick auf die Aussagen zu Radio Bremen analysiert. Festzustellen ist, dass die kleinen Anstalten Radio Bremen und der Saarländische Rundfunk – wie bereits seit Jahren – überproportional zu den Einsparungen innerhalb der ARD beigetragen haben.

Besonderes Augenmerk ist auf die Ausführungen der KEF zum ARD-Finanzausgleich im 10. Kapitel des Berichts zu legen. Der Finanzausgleich sei nach Aussagen der unabhängigen KEF unverzichtbar für die bedarfsgerechte Finanzierung aller Anstalten und notwendig für die richtige Zuordnung der Gebührenerträge auf die einzelnen Anstalten. Die KEF stellt erneut fest, der gegenwärtige Finanzausgleich könne die Lebens- und Funktionsfähigkeit der kleinen Anstalten nicht auf Dauer sicherstellen. Trotz gravierender Sparmaßnahmen habe sich ihre finanzielle Lage verschärft. Die Ausweitung der Kooperation innerhalb der ARD (Leistungs- und Gegenleistungsausgleich) stoße an Grenzen, den kleinen Anstalten müsse die eigenverantwortliche Gestaltung eines „identitätswahrenden Programms“ möglich bleiben.

Die KEF benennt damit den zentralen Strukturfehler der Gebührenzuordnung. Die Mittel, die für die kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk anerkannt wurden, kommen dort nicht an, weil die Anstalten nach dem Territorialprinzip zunächst nur die Mittel aus dem jeweiligen Land erhalten. Der Finanzausgleich soll dies korrigieren, er reicht jedoch nach den Aussagen der KEF aufgrund der gesetzlichen Begrenzung auf 1 % des ARD-Nettogebührenaufkommens nicht aus, um den ursprünglich anerkannten Bedarf zu decken. Somit kommt es zu einer Benachteiligung der kleinen und Überkompensation bei den großen Anstalten.

Auf Initiative Bremens haben sich sowohl die Rundfunkkommission der Länder als auch die Ministerpräsidentenkonferenz mit diesem Thema befasst und beschlossen, bis zur nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten und damit bis zur Unterzeichnung des 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrages von der ARD Vorschläge einzufordern, wie den von der KEF im 10. Kapitel benannten Problemen wirkungsvoll begegnet werden kann. Darüber hinaus wurde die KEF aufgefordert, die Vorschläge der ARD zu überprüfen und gegebenenfalls eigene Vorschläge zu unterbreiten. Die Minister-

*) Der 16. KEF-Bericht kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft – Bibliothek – eingesehen werden.

präsidenten werden sich auf ihrer Konferenz im Juni anlässlich der Unterzeichnung des Staatsvertrages erneut mit dem Thema befassen. Bremen hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es einer zeitnahen Lösung für Radio Bremen bedarf und noch in diesem Jahr Lösungsvorschläge auf Länderebene verbindlich verabredet werden müssen.

Die KEF benennt in ihrem Bericht darüber hinaus ein weiteres Problem vieler Anstalten. Es kommt zunehmend zu erheblichen Mindereinnahmen bei den Anstalten durch einen Anstieg der Gebührenbefreiungen und durch hohe Forderungsausfälle. Die Mindereinnahmen betreffen nicht alle Anstalten gleichermaßen, so dass auch hier ein strukturelles Ungleichgewicht entsteht. Auch Radio Bremen ist durch weit überdurchschnittliche Mindereinnahmen betroffen. Auch für diesen Problemkreis wird zeitnah eine Lösung erwartet.

Die KEF schlägt für die Gebührenperiode 2009 bis 2012 eine Gebührenerhöhung um 0,95 € vor. Die Rundfunkgebühr würde dann 17,98 € betragen (5,76 € Grundgebühr, 12,22 € Fernsehgebühr). Von der Gebührenerhöhung entfielen 0,565 € auf die ARD, 0,345 € auf das ZDF, 0,02 € auf das Deutschlandradio und 0,02 € auf den Gebührenanteil der Landesmedienanstalten.

Weitere wesentliche Aussagen des 16. Berichts:

- Bei den Gebühreneinnahmen (insgesamt rd. 28 124 Mio. €) gibt es eine Negativentwicklung: die Bestände angemeldeter Empfangsgeräte verringern sich, die Zahl der Gebührenbefreiungen und der Forderungsausfälle steigt.
- Bei der Befreiungsquote und der Forderungsausfallquote zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Anstalten, deshalb steht die Frage eines ARD-internen Ausgleichs im Raum.
- Die Werbeeinnahmen sind konstant (rd. 857 Mio. €), die sonstigen Erträge (rd. 3 709 Mio. €) weiterhin von erheblicher Bedeutung.
- Bei dem Entwicklungsprojekt DAB/Digitaler Hörfunk nimmt die KEF deutliche Kürzungen vor. So erkennt die KEF bei der ARD von den angemeldeten 140 Mio. € nur 45 Mio. € an, davon 30 Mio. € nur unter dem Vorbehalt einer Abstimmung mit privaten Hörfunkveranstaltern sowie einer weiteren Genehmigung der KEF.
- Im Bericht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hebt die KEF positiv hervor, dass in größerem Umfang als bisher Netto-Einsparungen erzielt wurden, leider vor allem im Programmbereich.
- Zu den Netto-Einsparungen der ARD tragen die einzelnen Anstalten sehr unterschiedlich bei. An mehreren Stellen hebt die KEF die Spitzenposition Radio Bremens (gefolgt vom Saarländischen Rundfunk) bei den Sparanstrengungen hervor, vgl. Tz. 397 (Tab. 56 a und 56 b), 414 (Tab. 61) 430, 454, 455 und 478.
- Im Personalbereich sieht die KEF das Sparvolumen noch nicht ausgeschöpft und kürzt die Anmeldungen um 50 Mio. € (entspricht rd. 300 Stellen) bei der ARD bzw. um 18 Mio. € (entspricht rd. 100 Stellen) beim ZDF. Die kleinen Anstalten werden aufgrund ihrer bereits erbrachten Einsparungen ausdrücklich von der Forderung nach einem weiteren Stellenabbau ausgenommen.

Die Höhe der Rundfunkgebühr wird entsprechend der KEF-Empfehlung durch den 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag neu festgesetzt. Dazu ist der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RfFinStV), in dem die Höhe der Rundfunkgebühr geregelt ist, geändert. Die Rundfunkgebühr wird dann insgesamt 17,98 €/Monat betragen. Der Staatsvertrag soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Der Entwurf des Staatsvertrages ist in der Rundfunkkommission der Länder auf CdS-Ebene abgestimmt worden. Die Regierungschefs der Länder haben ihn auf ihrer Konferenz vom 6. März 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen. Es ist vorgesehen, den Staatsvertrag nach der Vorunterrichtung der Landtage im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 12. Juni 2008 zu unterzeichnen. Dafür ist der Präsident des Senats nach § 1 Abs. 2 Nr. 7 der Geschäftsordnung des Senats der Freien Hansestadt Bremen zur Unterzeichnung des 11. RfÄndStV zu ermächtigen. Die Bürgerschaft (Landtag) ist entsprechend zu unterrichten.

Bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages wird möglicherweise noch eine Ergänzung zum beigefügten Entwurf vorgenommen werden. Dabei geht es um eine Anpassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) zur Weiterfinanzierung von „jugendschutz.net“. Diese gemeinsame Stelle aller Länder wird nach dem JMStV bis zum 31. Dezember 2008 gemeinschaftlich von den Landesmedienanstalten und den Ländern finanziert. Aufgrund der Befristung bis Ende 2008 wird eine Entscheidung über eine Folgeregelung notwendig. Im Falle einer Weiterfinanzierung müsste diese Folgeregelung in den 11. RfÄndStV aufgenommen werden, da dies die einzige Möglichkeit ist, ein Inkrafttreten bis zum 1. Januar 2009 sicherzustellen. Voraussetzung hierfür ist eine Zustimmung der Jugendministerkonferenz am 29./30. Mai 2008. Der bremische Finanzierungsanteil beläuft sich nach dem Königsteiner Schlüssel bislang auf 2 400 €/Jahr. Im Falle einer Änderung wird der Senat spätestens mit der Vorlage des Zustimmungsgesetzes zum 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrages darüber informieren.

Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 31. Juli bis 10. Oktober 2006, wird wie folgt geändert:

1. § 8 wird wie folgt gefasst:

„§ 8

Höhe der Rundfunkgebühr

Die Höhe der Rundfunkgebühr wird monatlich wie folgt festgesetzt:

1. Die Grundgebühr: 5,76 Euro
2. Die Fernsehgebühr: 12,22 Euro.“
2. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Prozentzahl „93,1373“ durch die Prozentzahl „93,0219“ und die Prozentzahl „6,8627“ durch die Prozentzahl „6,9781“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 wird die Prozentzahl „61,0994“ durch die Prozentzahl „60,5086“ und die Prozentzahl „38,9006“ durch die Prozentzahl „39,4914“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „145,96 Mio. Euro“ ersetzt durch den Betrag „163,71 Mio. Euro“.
3. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 3 wird das Datum „31. Dezember 2008“ ersetzt durch das Datum „31. Dezember 2012“.
 - b) In Satz 4 wird das Datum „31. Dezember 2008“ ersetzt durch das Datum „31. Dezember 2012“.

Artikel 2

Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung

- (1) Für die Kündigung des in Artikel 1 geänderten Staatsvertrages sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.
- (2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2008 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.
- (3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.
- (4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages in der Fassung, die sich aus Artikel 1 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Protokollerklärungen

(Bislang liegen keine Protokollerklärungen vor.)